Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935
1918

562 (3.12.1918) Abendblatt

Visual Library

Nr. 561

...nn, Koch, ledig, alt 33 Jahre; ... Jahre, Witwe von Johann Brun- ... Schnürer, Landwirt, Ehemann, ... alt 8 Jahre, Vater August Hau- ...n Tobler Landwirt, Ehemann, ...n Garrecht, alt 28 Jahre, ledig, ... Luise, alt 8 Jahre, Vater Franz ...chreiber, Friseur, Ehemann, alt ...ighetti, alt 60 Jahre, Witwe von ...löhner; Emma Schirrmeister, alt ... Valentin Schirrmeister, Schrift-

...erhaus erwachsener Verstorbenen.

...2 Uhr: Johanna Garrecht, ohne ...26; halb 3 Uhr: Andreas Knoch, ...57; 3 Uhr: Magdalena Heß, ...e 55; halb 4 Uhr: Luise Brun- ...ottesauerstraße 12; 4 Uhr: Do- ...nonier, Ref.-Lazarett 4

...egsschatz der Partei!

...ist erschienen:

...Dienst daheim

...er Verkehrskalender 1919

...gegeben von ...Rößler-Karlsruhe.

...Seiten, 50 Pfg.

...g erscheinende Verkehrs- ...n Angehörigen des Ver- ...illkommen sein, da er in ...ren Bedürfnisse Rücksicht ...nimmt.

...alle Buchhandlungen ...er dem ...A.-G. „Badenia" ...rlsruhe.

...ößere Anzahl ...für Privat, ...ür alles, ...um Anlernen, sowie ...nen. 4675

...Arbeitsamt ...erstraße 100, Zimmer 11.

...tungen zu den Wahlen ...ersammlung erscheint bei ...:

...lksrat vom ...enwald

...Weise die gegenwärtige ...dernisse behandeln wird.

...ebreitung geeignet ...res Werbemittel!

...ern erscheinen, wöchentlich ...en erschienen. Sofort

...o Nummer: ...kt. 1.50, 500 St. Mk. 6.—, ... 2000 St. Mk. 18.—, ... Mk. 40.—.

...ltem Wege auf Rechnung

... sich schnellstens, eventl. ...aphisch, der ...A.-G. Badenia, Karlsruhe.

...ater zu Karlsruhe. ...3. Dezember 1918. ...nieten Nr. 13.

...iber von Windsor. ...per in 3 Akten, mit Tanz, ...nigem Lustspiel gedichtet von ... Musik von O. Nicolai. Ende: gegen ½10 Uhr.

Nr. 562 — Karlsruhe, Dienstag, den 3. Dezember 1918 — 56. Jahrgang

Bezugspreis vierteljährlich: In Karlsruhe durch Träger Mk. 4.55; (b. d. Geschäftsstelle monatl. Mk. 1.20) auswärts (Deutschland) durch die Post Mk. 5.— ohne Bestellgeld; Ausland durch Post oder Kreuzband. Der Einzelverkaufspreis jeder Ausgabe beträgt 10 Pf.

Fernsprecher Nr. 535

Badischer Beobachter

Abendblatt

Anzeigenpreis: Die achtsp. Kolonelzeile 25 Pf.; Reklamen Mk. 1.20, je mit 30% Teuerungszuschlag. Bei Wiederholung Nachlaß nach Tarif. — Aufträge vermitteln alle Ann.-Expeditionen. — Schluß der Anzeigen-Annahme vorm. ½8 Uhr bzw. nachm. ½3 Uhr.

Postscheck: Karlsruhe 4844

Rotationsdruck und Verlag der Badenia A.-G. für Verlag und Druckerei Karlsruhe, Adlerstraße 42, Albert Hofmann, Direktor

Erscheint an allen Werktagen in zwei Ausgaben
Beilagen: Je einmal wöchentlich die Unterhaltungsblätter „Sterne und Blumen", „Blätter für den Familientisch" und „Blätter für Haus- und Landwirtschaft"

Verantwortlich für deutsche und badische Politik, sowie für Feuilleton: Th. Meyer; für den übrigen redaktionellen Teil: Franz Wahl für Anzeigen und Reklamen: A. Hofmann, sämtlich in Karlsruhe.

So in Preußen! Wie in Baden!

Aus dem Preußischen Kultusministerium wird der Plan bekannt, nach dem dort vorgegangen werden will. Wir geben den Plan unverkürzt wieder:

„A. Allgemeines:

1. Die Trennung von Kirche und Staat ist grundsätzlich ausgesprochen, eine Denkschrift ist ausgearbeitet, eine Kommission wird vorbereitet. 2. Religion ist nicht mehr Prüfungsfach. Die Einführung eines konfessionslosen Moralunterrichts wird vorbereitet. 3. Die geistliche Ortsschulaufsicht ist aufgehoben. 4. Die nebenamtlichen Kreisschulinspektionen der Geistlichen sind aufgehoben. Sämtliche Stellen für Kreisschulinspektoren sind künftig hauptamtlich. Gemeinsame Erziehung von Knaben und Mädchen ist in einzelnen Fällen schon mit Erfolg eingeführt. 5. Lehrer und Schüler erhalten Selbstverwaltungsbefugnisse. 6. Jeglicher Chauvinismus ist aus dem Unterricht, zumal aus dem Geschichtsunterricht, verbannt. 7. Preußen wird den Zusammentritt einer Reichsschulkonferenz beantragen. 8. Die Einheitsschule ist gesichert. Mit dem Abbau der Standesschule (Vorschule) wird sofort begonnen. 9. Das Rektorat wird seines autokratischen Charakters entkleidet und in kollegialem Sinne ausgebaut. 10. Die Schulbehörden sind angewiesen, die Erörterung schul- und kulturpolitischer Gegenstände im Geiste der neuen Zeit unter den Lehrerverbänden auch auf amtlichen Konferenzen anzuregen und zu fördern. 11. Im Kultusministerium sitzen als Angehörige der Sozialdemokratie 2 Minister, 1 Unterstaatssekretär, 1 vortragender Rat, 2 Beiräte. 12. Mit Vorkämpfern der neuen Bewegung im Lande wird Fühlung genommen. Ein Verzeichnis geeigneter Anwärter bei Erneuerung des Beamten- und Lehrkörpers wird angeregt. 13. Das Abiturientenexamen wird umgestaltet, die Examina werden vermindert. 14. Das preußische Kultusministerium erhebt Anspruch auf einen Teil der beschlagnahmten Schlösser zum Zwecke der Volksbildung. 15. Die Jugendpflege ist ihres militärischen Charakters entkleidet worden.

B. Lehrer.

16. Kein Lehrer darf mehr zur Erteilung des Religionsunterrichts gezwungen werden. 17. Beim Kriegsministerium ist beantragt worden, alle Lehrenden sofort aus dem Militärverhältnis zu entlassen. 18. Arbeit für Arbeitswillige ist sofort zu beschaffen, in Beschäftigung für die aus dem Felde zurückkehrenden Lehrer durch Verkleinerung der Klassen, Besetzung aller bisher unbesetzten Stellen und Einrichtung von Sonderkursen (Kriegsprimaner). 19. Der Amnestieerlaß des Justizministers wird sinngemäß auf die disziplinarisch bestraften Lehrer angewandt. 20. Wegen ihrer politischen oder religiösen Ueberzeugung Gemaßregelte sind wieder anzustellen. 21. Die Lehrer senden Vertreter in die Regierung und in die Schulverwaltung. Der sozialistische Lehrer Menzel ist als vortragender Rat ins Kultusministerium berufen worden. 22. Zu Kreisschulinspektoren sollen bewährte Lehrer, auch ohne besondere Examina, berufen werden.

C. Universität.

23. Hervorragende wissenschaftliche Vertreter des Sozialismus und der bisher systematisch ferngehaltenen Lehrrichtungen sollen auf akademische Lehrstühle berufen werden. 24. Das in großem Stile auszubauende Volkshochschulwesen wird in organische Beziehungen zu Schulen und Hochschulen gesetzt werden. 25. Die Reorganisation der technischen Hochschulen erfolgt in enger Verbindung mit den Universitäten. 26. Die soziale, rechtliche und finanzielle Stellung der Privatdozenten soll gehoben werden. 27. Die akademische Lehrfreiheit wird von den letzten Fesseln befreit. 28. Lehrstühle und Forschungsinstitute für Sozialdemokratie werden eingerichtet.

D. Allgemeine Kulturbestrebungen.

29. Das Theaterwesen untersteht dem Kultusministerium. Eine Theaterzensur besteht nicht mehr. 30. Für die aus dem Felde zurückkehrenden beschäftigungslosen Künstler und Schriftsteller wird Arbeitsgelegenheit und Unterstützung bereitgestellt. 31. Das Ausstellungswesen wird im Verein mit den Organisationen der Künstler aller Richtungen neu geregelt. 32. Die ehemaligen königlichen Bühnen werden Nationaltheater, desgleichen die Hofkapellen zu Nationalorchestern.

In Baden ist das Kultusministerium so still. Man erfährt nichts von seinen Plänen. Das Vorgehen der Berliner läßt die Frage berechtigt erscheinen, wie sich denn das badische Kultusministerium zu den Fragen stellt. Das Volk hat ein Recht darauf, Bescheid zu erhalten.

—)*(—

Tohuwabohu.

Von einer besonderen Seite schreibt man uns aus Berlin:

Es geht drunter und drüber! Selbst in der Wirtschaft des alten Regimes hat man doch noch etwas erblicken können, was nach einem ordnenden, einheitlichen Gedanken aussah. Davon ist aber bei dem jetzigen Regiment keine Rede. Es war ein tapferes Wort, das ein Mitglied des Soldatenrates in der Berliner Versammlung aussprach, als er sagte: „Wenn man unter dem alten Regime gesagt hätte, es sei vieles schlecht, so müsse man jetzt als ehrlicher Mensch nur sagen, es ist alles schlecht. Und was wohl am bezeichnendsten ist, diesem Ausspruch wurde seitens der Versammlung der Soldatenräte stürmischer Beifall zuteil!

Alle beherrscht das Gefühl: so kann es unmöglich weitergehen. Wir sind mitten in einem gräßlichen Tohuwabohu. Der „Regierungs-Himmel", der, wiederum nach einem zutreffenden Worte eines Soldatenvertreters in der Berliner Versammlung unter den Mitgliedern des Vollzugsrates herrscht, schlägt alles zusammen, was noch einigermaßen stand. Während früher das Nebeneinanderregieren zweier Instanzen, die je für sich die Macht beanspruchen, für das gesamtpolitische Leben als von schwerstem Schaden sich erwies, sehen wir nun ein Auseinander-Regieren, ein ziel- und planloses Dekretieren und Diktieren, so daß ein unbeschreibliches Durcheinander herrscht. Augenblicklich weiß im Grunde keiner, was Recht und Gesetz ist. Was heute verordnet wurde, wird morgen wieder dementiert. Jeden Tag tut sich eine andere Instanz auf und, wie sich ergeben hat, sind die wichtigsten Vollmachten erteilt worden, ohne daß die vorgelegten Schriftstücke vor ihrer Unterzeichnung überhaupt gelesen worden sind. Statt Sicherheit und Festigkeit in die politische Ordnung hineinzubringen, herrscht Unordnung, Unsicherheit, Verfahrenheit und namentlich des Wirtschaftslebens hat sich eine Ungewißheit bemächtigt, die von den verhängnisvollsten Folgen gerade in dem jetzigen Augenblick sein muß, in dem nichts anderes notwendig ist, als Arbeit! Jede Unternehmungslust versandet, jedes Interesse versiegt, naturgemäß hat das Bürgertum zu einer politischen Gruppe kein Vertrauen, die sich nur auf Bajonette stützt und wo man ganz genau weiß, daß deren Zahl bei weitem nicht die größere ist. Immerhin stehen dort die Waffen mit ihrer überzeugenden Kraft, während das Bürgertum unbewaffnet, wehrlos diesen Dingen gegenübersteht. Der Hauptfehler ist, daß die leitenden Männer der Regierung, die es ohne allen Zweifel durchaus ehrlich meinen, nicht die Kraft finden, dieser unglaublichen Nebenregierung ein Ziel zu setzen. Sie sind daran wieder gehindert durch den fortgesetzten, von Tag zu Tag sich verschärfenden Streit innerhalb der sozialdemokratischen Gruppen selbst. Bei alledem aber vergehen kostbare Stunden, die dem Reiche seinen Bestand, dem Lande seine Ruhe und dem Volke seine Wohlfahrt kosten.

Um den Tohuwabohu vollkommen zu machen, beitscht dieses Monstrum von einem Kultusminister, Adolf Hoffmann, die religiösen Empfindungen des Volkes in unglaublicher Weise auf. Diesmal aber werden Katholiken und Protestanten nicht als Gegner, sondern als Streiter für eine gemeinsame Sache zusammenstehen. Adolf Hoffmann wird seine blauen Wunder noch erleben. Es ist höchste Zeit, daß gründlich Wandel geschaffen wird. Noch zehn Wochen lang, bis zur Berufung der Nationalversammlung kann dieser Zustand nicht weiter bestehen, sonst wird alles ruiniert.

—)*(—

Im neuen Deutschland.

Einigung im bayerischen Ministerium.

München, 2. Dez. (Frkf. Ztg.) München zeigte heute wieder das Bild der ersten Revolutionstage. Durch die Straßen zogen zahlreiche zum Teil berittene Patrouillen. Auffallend viele Matrosen zeigten sich plötzlich. Vor den Regierungsgebäuden und dem Landtag waren die Wachen verstärkt und mit Maschinengewehren versehen. Es gingen wilde Gerüchte von drohenden Revolten um, nur wußte niemand recht, von wem und gegen wen die Putschversuche geplant sein sollten. Die Krise um Eisner hatte in der Bevölkerung eine Atmosphäre stärkster Spannung erzeugt. Neben der wachsenden Erbitterung über die sonderbaren diktatorischen Anwandlungen des Ministerpräsidenten trat die gesteigerte Erregung seiner um ihres Meisters Ministerexistenz fürchtenden Anhängerschaft hervor. Gegen Abend löste sich auch im Anblick des Straßenlebens erkennbar die Spannung. Es war inzwischen bekannt geworden, daß der Konflikt im Schoße der Regierung durch eine gründliche Aussprache und neue Festlegung der Grundzüge eines klar umrissenen Programms beigelegt worden sei und daß sich Eisner, offenbar unter dem Eindruck der schweren Enttäuschung und allgemeinen Verstimmung, die sein Regiment durch einen immer stärker hervortretenden allzu persönlichen Zug hervorgerufen hatte, auf den Boden streng konstitutioneller gemeinsamer Arbeit zurückgefunden und unzweideutig zur Notwendigkeit einer raschen Einberufung der Nationalversammlung bekannt habe. Die Ministerratssitzung, in der dieses Ergebnis erzielt wurde, hatte vom frühen Morgen bis zum späten Nachmittag gedauert. Dann erschien in der Parlamentstagung des Landessoldatenrates das gesamte Staatsministerium. Ministerpräsident Eisner gab im Namen des Ministerrates eine einstimmig gefaßte Erklärung ab.

Der ausgepfiffene Eisner.

Wie aus München gemeldet wird, ist der bayerische Ministerpräsident Eisner am 1. Dezember im Nationaltheater in München bei einer Revolutionsfeier regelrecht ausgepfiffen worden und dazu noch von einer eingeladenen Zuhörerschaft. Als Herr Eisner zu einer Ansprache auf die Bühne trat, wurde gepfiffen und Schmährufe wurden auf ihn laut, ebenso an den Beifall heischenden Kraftstellen seiner Rede. Die Zuhörerschaft bestand aus heimgekehrten Soldaten und aus Hoch- und Mittelschülern, welche dieser Revolutionsfeier besonders geneigt waren

Mühlon.

Berlin, 2. Dez. Aus Basel meldet der L.-A.: Dr. Mühlon, der sich seit zwei Jahren in Gnemlingen bei Bern aufhielt, ist von der neuen deutschen Regierung nach Berlin zurückberufen worden. — Wilhelm Mühlon, der frühere Krupp-Direktor, hatte bekanntlich Enthüllungen über den Ursprung des Krieges gemacht, die Deutschlands Schuld feststellen wollten. Er hatte darüber eine Denkschrift an den Reichstag gerichtet, die seinerzeit gleichzeitig mit der Lichnowsky-Broschüre zur Verhandlung kam.

—)*(—

Deutschland.

Parteiarbeit im Westen.

Aus dem rheinisch-westfälischen Industrierevier schreibt uns ein Abgeordneter: Hier im Westen ist das Parteileben sehr rege. Dutzende Versammlungen werden Sonn- und Wochentags abgehalten. Männer, Frauen, Jünglinge und Jungfrauen strömen scharenweise hinein. Selbst bei den wildesten Wahlkämpfen war der Besuch und die Spannung bei unseren Leuten nicht so groß wie gerade jetzt. Adolf Hoffmann, der neue Minister für Volks-Unbildung hat es den Leuten angetan. Gestreikt wird hier nicht. Mit Ausnahme von Düsseldorf und Remscheid sind auch die eingesetzten Arbeiter- und Soldatenräte duldsam. Allerdings nehmen sie keinen christlichen Arbeitervertreter in den Vollzugs-Ausschuß auf. Hier herrscht eine erbitterte Stimmung gegen die Berliner Bolschewisten und jeder Mann, von der rechtsstehenden Sozialdemokratie angefangen bis zu den Schwerindustriellen, verlangt die sofortige Einberufung der Nationalversammlung. Sollten die Wahlen verschoben oder verschleppt werden, dann ist es möglich, daß der Westen sich von Berlin trennt. Stimmung dafür ist vorhanden. Die Berliner sollen also den Boden nicht überspannen.

An Deutschlands akademische Jugend.

Kommilitonen!

Das Wahlgesetz zur Nationalversammlung hat den meisten von Euch die Möglichkeit gegeben, zum ersten Mal bestimmend an dem Geschicke unseres Vaterlandes mitzuwirken.

Nun, da Ihr zur Urne gerufen seid, erbittet das Zentrum als christliche Volkspartei Eure Mithilfe. Erstlich fordern wir Euch auf: Tretet ein in unsere Reihen! Dann bitten wir: werbet für unsere Sache, sie ist auch die Eure!

Unsere Grundsätze sind Euch bekannt. Wir erstreben auf Grundlage der christlichen Weltanschauung, ohne das Religionsbekenntnis oder die innere Ueberzeugung eines Volksgenossen anzurühren, die volle Freiheit der Wissenschaft und Lehre. Wir erstreben für Euch, wenn Ihr aus dem Studiengang übertretet in das Berufsleben eine gesicherte Zukunft.

Studenten und Studentinnen!

Eure Zahl ist klein, gemessen an der Gesamtheit der Wähler zur Nationalversammlung; groß aber ist der Einfluß, der von Euch ausgehen kann, wenn Ihr als Werber für uns tätig seid.

Studenten und Studentinnen!

vereinigt Euch in der Arbeit für unseren Positivismus. Es geht bei den nächsten Wahlen auch um die Sicherung Eures Lebens und Eurer Zukunft. Diese Zukunft ist bedroht, wenn Barbarentum oder Gewaltherrschaft eines einzelnen Standes im deutschen Vaterlande das Uebergewicht gewinnen. Darum tretet der christlichen Volkspartei bei, werbet für sie!

Der Generalsekretär der deutschen Zentrumspartei (christliche Volkspartei):

Dr. Pfeiffer, M. d. R.

—)*(—

Baden.

Dem Volksfreund zur Antwort.

Der Volksfreund hat es sehr krumm genommen, daß der Abg. Köhler in der letzten Zentrumsversammlung den provisorischen bayerischen Ministerpräsidenten Kurt Eisner mit dem ursprünglichen Namen seiner Familie genannt hat. Aus der Wildheit des Scheltens ersehen wir nur, daß diese Bekanntgabe der Tatsache der Namensänderung und damit der Dinge, die dabei eben auffallen, der Sozialdemokratie sehr ungelegen kommen. Wir konstatieren das. Im Anschluß an die Zornesblitze gegen den Abgeordneten Köhler fährt nun der Volksfreund fort und fragt, ob das Zentrum künftig den Antisemitismus ins Programm aufnehmen werde. Wenn der Volksfreund sich noch etwas geduldet, dann wird er das Programm lesen und dann die Frage sich selbst beantworten können. Wenn jedoch gewisse auffällige Erscheinungen sich nicht ändern, dann kann sich vielleicht ab und zu auch ein Zentrumsredner veranlaßt sehen, auf diese angedeuteten Erscheinungen aufmerksam zu machen. Ja, wir sind schon wiederholt aufgefordert worden, rückhaltlose Kritik an den Dingen zu üben, die hier in Frage kommen. Würden wir das tun, so wüßten wir uns trotzdem von jedem Antisemitismus frei. Wir sind sogar der sicheren Ueberzeugung, derlei Erscheinungen rufen den Antisemitismus hervor, ganz unabhängig davon, ob etwas dazu gesagt wird oder nicht. Will der Volksfr. diesen also bekämpfen, dann möge er sich an ganz andere Adressen als bisher wenden! Wir nehmen an, daß der Volksfreund uns versteht! Falls er aber Näheres wissen will, so stehen wir gern zu Diensten; nur bitten wir uns aus, daß er dann nicht weinend Klage auf Antisemitismus gegen uns erhebt.

Aehnlich liegt es mit der zweiten Frage, ob wir beim Reich bleiben wollen. Unser programmatischer Aufruf wird auch darauf antworten. Beim Reich wollen wir bleiben; die Gründe für diese Stellungnahme liegen auf der Hand; aber eben so scharf und klar sei es gesagt, unter eine Berliner Diktatur beugen wir uns nie und nimmer.

Der Volksfreund hat an das Zentrum seine Anfragen gerichtet. Wir haben sie als höfliche Menschen beantwortet. Wir müssen nun aber auch eine Anfrage stellen. Es liegt Anlaß dazu vor. Wird die badische Sozialdemokratie sich noch weiter unter das Berliner Regiment beugen und die von dort inspirierte Nebenregierung dulden? oder kann man sicher hoffen, daß die badische Sozialdemokratie sich von der Berlinerei frei macht und damit ihre Selbständigkeit gegen die überwachende und dirigierende Nebenregierung wahrt? Bis jetzt hatten wir nicht den Eindruck, als ob Stärke und Selbständigkeit gegen die Berlinerei das Charakteristikum der badischen Sozialdemokratie sei. Dagegen mußte man sehen, daß die Berlinerei die Führung tatsächlich in der Hand hatte.

Nun wollen wir klare Situation! Beugt sich die badische Sozialdemokratie noch weiter demütig unter die Berlinerei, dann darf sie es nicht auffallend finden, wenn wir einen Unterschied nicht mehr zu machen vermögen.

Man sollte aber meinen, es sei nicht allzuviel Einsicht und Energie notwendig, um der Handvoll Unabhängiger den Platz anzuweisen, der ihnen nach ihrer Zahl, nicht aber den, der nach ihrem Mundwerk ihnen zusteht. Wenn Kolb noch lebte, wäre schon längst nach dem Rechten gesehen. So heißt's abwarten, ob noch jemand da ist, der Mut und Energie zur Tat besitzt.

Die Frage hat ihre eminent praktische Seite. Mit der badischen Sozialdemokratie unter bisheriger Führung konnte noch Politik getrieben werden; man konnte manches Stück Arbeit zusammen erledigen. Mit der Berlinerei ist das rein unmöglich. Von dort erwarten wir nichts Gutes. Von dort bläst der Kulturkampfwind! Bläst der scharfe Nord der brutalen Machtpolitik! Da ist die Frage sehr am Platze, ob die badische Sozialdemokratie die Kulturfragen unserer badischen Heimat in die Hände der Berliner gleiten lassen will!

Aus dem badischen Parteileben.

Die ehemalige nationalliberale Partei — so muß man schreiben — veröffentlicht folgende Erklärung:

„Der Engere Ausschuß der Nationalliberalen Partei Badens nimmt Kenntnis von dem Ergebnis der mit der Fortschrittlichen Volkspartei über den Zusammenschluß der beiden Parteien gepflogenen Verhandlungen. Er bedauert, daß die von der Nationalliberalen Partei gewünschte Einigung für Baden als an den unannehmbaren Forderungen der Fortschrittlichen Volkspartei gescheitert zu betrachten ist.

Der Engere Ausschuß steht nach wie vor auf dem Standpunkt, daß eine Zusammenfassung aller freiheitlich gesinnten, nicht sozialdemokratischen Männer und Frauen in Baden und im Reich geboten ist.

Da auch die in Berlin für das ganze Reich geführten Einigungsverhandlungen der beiden Parteileitungen nur zur Auflösung der alten und zur Gründung zweier neuen Parteien geführt haben, tritt die Nationalliberale Partei durch einstimmigen Beschluß ihres Engeren Ausschusses mit ihren sämtlichen Vereinen der neugegründeten

Badischen Volkspartei

bei.

Karlsruhe, 1. Dezember 1918.

Rebmann. Dietrich."

Die nationalliberale Partei hat also auch in Baden wie in Württemberg zu existieren aufgehört. Die Zeit ist nicht dazu angetan, rückwärts schauende Betrachtungen über den Vorgang anzustellen. Programm und Taten der „badischen Volkspartei" wird für die Zukunft maßgebend sein!

*

)!(**Schönau i. W.**, 1. Dezember. In einer überaus zahlreich besuchten Zentrumsversammlung sprach Herr Abg. Spang über die Lage unseres Vaterlandes. In treffender Weise wies er hin auf die hauptsächlichsten Ursachen, die zum Zusammenbruch führten. Große Aufmerksamkeit fand die Darlegung unserer Zukunftsaufgaben und unsere Mitwirkung beim Wiederaufbau auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet. Der einzige Weg dazu ist die alsbaldige Einberufung der Nationalversammlung. Allgemeine Zustimmung fand deshalb auch folgende vom Redner vorgeschlagene Resolution, in der die Sorgen und Wünsche aller zum Ausdruck kommen:

Die aus allen Kreisen der Bevölkerung zahlreich besuchte Versammlung der Zentrumspartei im Vierlöwensaal in Schönau am 1. Dezember verlangt dringend die Nationalversammlung in Baden und im Reich. Nur so ist es möglich, den Frieden und damit Brot und normale wirtschaftliche Verhältnisse zu bekommen. Die Badener richten ihr Haus nach ihrem Belieben ein und lehnen es ab, Vorschriften darüber von Berliner radikalen Kreisen vom Schlage der Unabhängigen Sozialdemokraten entgegenzunehmen. Sie lehnen es zweimal ab gegenüber Männern wie Liebknecht, Levy, Hirsch, Kohn, Haase und Salomon Koschinski, genannt Eisner. Will man in Berlin nicht einsehen, was die Pflicht der Stunde ist und will man dort die in Wirklichkeit bestehende Diktatur nicht beseitigen, so gibt es für Baden nur die eine Antwort: Los von Berlin! Wir in Baden wollen die freie Volksrepublik und keine diktatorische, in der nur Luft und Licht für diejenigen gewährt werden soll, die in das Horn der derzeitigen Berliner Machthaber blasen. gez. Spang.

Zentrumspartei (Mittelstadt).

Die Herren Vertrauensmänner, sowie die sich zur Mitarbeit zur Verfügung stellenden Damen werden höflich ersucht, sich nächsten Mittwoch, den 4. Dezember, abends pünktlich ½8 Uhr, im Saale des Gasthauses zum „Goldenen Adler" (Karl-Friedrichstraße) einfinden zu wollen.

Der Wahlausschuß.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

Chronik.

Baden.

Völkersbach. Am 30. November starb hier nach kurzer Krankheit Kirchenfondsrechner Valentin Ochs. Der Verstorbene war wegen seiner rechtlichen Gesinnung und seines festen Charakters ein allgemein geachteter und beliebter Mann. Drei Söhne von ihm standen im Feld, die gerade noch nach Hause kamen, um ihren Vater sterben zu sehen. Valentin Ochs war ein treues Mitglied der Zentrumspartei und gehörte ebenso dem katholischen Volksverein an. Die ganze Gemeinde betrauert seinen Heimgang. Seine Frau und sechs unversorgte Kinder stehen am Grab. Er ruhe im Frieden!

Freiburg i. Br., 2. Dez. (W.T.B.) Die Offiziere des Standortkommandos Freiburg i. Br. mit Einschluß der in hiesigen Lazaretten befindlichen Offiziere haben eine „Vereinigung der Offiziere des Standortes Freiburg i. Br." gegründet und in einem Beschluß an die vorläufige badische Regierung Protest erhoben gegen die Verordnung des Ministeriums für militärische Angelegenheiten, der zufolge die Offiziere und Beamten anstelle der Kriegsgebührnisse fortan nur die Friedensgebührnisse erhalten sollen, was unter den jetzigen Teuerungsverhältnissen fast eine Unmöglichkeit darstelle.

Die Franzosen in der Pfalz.

::: **Karlsruhe**, 2. Dez. An der Schiffbrücke in Maxau waren am Sonntag vormittag die französischen Truppen erschienen, welche die Brücke für jeden Verkehr sperrten. Ein Kraftwagen des Karlsruher Roten Kreuzes, der dringend nach der Pfalz berufen war, wurde ebenfalls nicht mehr durchgelassen. Dagegen fuhren am Sonntag und Montag eine große Anzahl militärischer Kraftwagen über die Brücke, die jenseits des Rheins gemäß den Waffenstillstandsbedingungen den Franzosen abgeliefert wurden. Der telephonische Verkehr nach der Pfalz besteht noch nach einigen Orten, so u. a. nach Kaiserslautern. Nach Pirmasens konnte man schon am Sonntag nicht mehr sprechen.

Ein Berliner Blatt hatte die Nachricht verbreitet, daß in einigen Pfälzer Ortschaften 25 Mädchen von Negern vergewaltigt worden seien. Nach unseren telephonisch eingezogenen Erkundigungen ist diese Nachricht unwahr. Nur in einem Ort bei Zweibrücken sollen zwei oder drei Mädchen von den Negern Belästigungen erfahren haben.

Der Bezirksbauernrat Freiburg.

Freiburg i. Br., 2. Dez. (W.T.B.) Der Bezirksbauernrat Freiburg i. Br. ist nunmehr gegründet worden. Unter Anwesenheit des Mitgliedes des Landes-Bauernrates Direktor Dr. Aengenheister hatten sich Vertreter der badischen landwirtschaftlichen Organisationen zur Gründung des Bezirksbauernrates Freiburg i. Br. zusammengefunden. Direktor Dr. Aengenheister entwickelte das Programm des Landes-Bauernrates. Das Programm sieht vor, daß die Bauernräte als wirtschaftliche Machtfaktoren Hand in Hand mit den Arbeiter- und Soldatenräten oder Volksausschüssen arbeiten wollen und insbesondere die Aufbringung der Lebensmittel für die Städte und das Heer durch intensive Aufklärungsarbeit auf dem Lande als Hauptpunkt betrachten. Auf dem Boden der neuen Verhältnisse stehend, soll der Bezirks-Bauernrat die allgemeinen Interessen der Landwirtschaft vertreten. Dem Bezirks-Bauernrat Freiburg i. Br. gehören u. a. an als Vorsitzender Bürgermeister Quennet-Neuershausen, Gutsbesitzer Oskar Schönenberger-Merzhausen, Bürgermeister Stork-Schallstadt usw.

Viehzählung.

:-: **Karlsruhe**, 2. Dez. In diesen Tagen werden der Bekanntmachung des Bürgermeisteramts vom 30. Nov. zufolge die am 4. Dezember vorhandenen Viehbestände festgestellt. Die Erhebung wird in der üblichen Weise durch die Schutzmannschaft von Haus zu Haus vorgenommen. Wer bis einschließlich 11. Dezember nicht befragt sein sollte, ist verpflichtet, dies mündlich oder schriftlich am 12. Dezember beim städtischen Statistischen Amt, Lähringerstraße 98, in den Vororten bei den Gemeindesekretariaten, zu melden.

Aus anderen deutschen Staaten.

Das Vermögen des Kaisers.

Der frühere Kaiser hat durch Beschluß der revolutionären Regierung das preußische Kronfideikommißvermögen verloren, dagegen alles in seinem und seiner Familie Sondereigentum stehende Vermögen behalten. Es wird nicht leicht sein, die beiden großen Vermögensgebiete reinlich zu scheiden. Das preußische Finanzministerium, dem künftig — an Stelle des Hausministeriums — die Verwaltung des Kronfideikommißfonds obliegt, wird manche staatsrechtliche Nuß zu knacken und manchen Zivilprozeß auszufechten haben. Im allgemeinen kann grundlegend festgestellt werden, daß von den 90 Herrschaften Rittergütern, Pachtgütern und Waldherrschaften der ehemaligen preußischen Krone nur sieben wirkliche Krongüter sind, also zum Kronfideikommißvermögen gehören. 83 bleiben Sondereigentum des Kaisers. Von diesen 83 Gütern sind die meisten mit den bekannten kaiserlichen Schlössern verbunden. Das Königsschloß in Berlin, zu dem ein Gut nicht gehört, ist ein Krongut, dagegen sind die beiden anderen Schlösser, nämlich das Schloß Bellevue und das Schloß Monbijou Privateigentum des Kaisers. In Potsdam sind 13 Paläste Privateigentum des Kaisers mit dem ganzen dazugehörigen Grundbesitz. Hannover hat ein Residenzschloß, das aber nicht Privateigentum des Kaisers ist. Ebensowenig wie das Stadtschloß in Stettin und das Stadtschloß in Kassel. Dagegen sind die Schlösser Wilhelmshöhe und die Löwenburg wohl dem Kaiser persönlich zugehörig. Er hat ferner Privateigentum noch in Breslau (das Schloß am Exerzierplatz), in Charlottenburg, in Wiesbaden, Freierwalde a. O., in Königsberg, in Celle, in Straßburg i. E., in Königswusterhausen, in Osnabrück, in Trouville, in Rominten, in Schönhausen bei Berlin, in Schwedt und in Homburg v. d. H.; Oliva, Koblenz, ferner gehören ihm noch mehrere Jagdschlösser, das Jagdschloß Hubertusstock, das Jagdschloß Göhrde, das Jagdschloß Rominten, das Jagdschloß Springe, das Jagdschloß Metzlingen und Grunewarzen. Ebenso ist das Schloß Benrath Privateigentum des Kaisers, auch Cadinen und das Schloß zu Brühl. Das heutige hohe Vermögen des Kaisers wird auf 50 Millionen Mark geschätzt, der Zinsenertrag daraus auf 800 000 Mark.

Theater und Musik.

Landestheater. In der am Freitag, den 6. Dezember, stattfindenden Erstaufführung des dreiaktigen Lustspiels „Die fünf Frankfurter" von Carl Rößler werden neben den Darstellern der Titelrollen, den Herren Baumbach, Gast, Herz, Müller und Paschen, in Hauptrollen mitwirken die Damen Frauendorfer, Holm, Linke, Noorman, Persing, Genter und Allegri, sowie die Herren Benedikt, Dapper, Effek, Gemmecke, Höcker, Hugelmann und Max Schneider. Die Spielleitung hat Herr Kienscherf. Die Vorstellung beginnt um 7 Uhr.

Soziales.

Aufruf an alle Arbeiter und Arbeiterinnen, sowie die Staats- und Gemeindearbeiter und Angestellten.

Die neue Zeit hat allen Berufsgruppen ohne Ausnahme das Recht der Organisation gebracht. Auch die Arbeitgeberverbände haben ihren früheren Standpunkt verlassen und haben sich nun bereit erklärt, die Gewerkschaften als die berechtigte Vertretung der Arbeiter und Angestellten anzuerkennen. Es wird nun in kurzer Zeit als nahezu unmöglich erscheinen, noch irgendwo arbeiten zu können, ohne einer Berufsorganisation anzugehören. Nach verschiedenen Verlautbarungen wurde in einer Reihe von Betrieben schon ein gewisser Zwang ausgeübt, um die Unorganisierten den freien (soz.) Gewerkschaften zuzuführen. Diesem Zwang können die Arbeiter und Arbeiterinnen und Angestellten, die politisch und wirtschaftlich sich nicht zur Sozialdemokratie bekennen, entgehen, wenn sie sofort den Anschluß an die christlichen Gewerkschaften erwirken. Wende man sich daher umgehend an die Ortsgruppenleitungen oder an die Sekretariate der christlichen Gewerkschaften (in Heidelberg, Lenaustraße 14, Mannheim K. 1, 16 und Augartenstraße 13, und Karlsruhe, Klauprechtstraße 27), wo Aufnahmematerial zu erhalten ist und bereitwilligst über den Anschluß Auskunft erteilt wird.

—)*(—

Politische Nachrichten.

Konferenz süddeutscher Finanz-Minister.

Stuttgart, 3. Dez. (W.T.B.) Gestern abend sind die Finanzminister der süddeutschen Bundesstaaten Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden und Hessen hier zusammengekommen, um die vor einigen Tagen begonnenen Beratungen über die gemeinsamen Finanzfragen, z. B. die Entschädigung der Arbeiter- und Soldatenräte, den Druck eigener Noten, die Rückzahlung der Unterstützungsbeiträge, fortzusetzen. Den Hauptgegenstand der Beratungen wird jedoch die Frage bilden, auf welche Weise neue Steuern aufzufinden sind.

Von der Tagung der Soldatenräte des Feldheeres in Ems

schreibt ein Korrespondent der Frkf. Ztg.:

Es ergibt sich auf dieser Tagung das gleiche Bild, das wir gegenwärtig auch anderswo als in Bad Ems zu sehen bekommen: den bürgerlichen Parteien und den Mehrheitssozialisten fehlt es an Selbstvertrauen und Schneid, sie lassen sich dadurch leicht von den Unabhängigen, die von revolutionärem Temperament und deshalb rücksichtslos sind, an die Wand drücken. Auf diesem Vertretertag sind allerdings die Unabhängigen selbst nur ganz spärlich vorhanden. (Spartakusleute wohl überhaupt nicht), und der Gesamteindruck läßt sich doch nicht verwischen, daß die Soldatenräte des Feldheeres zwar fest und zuverlässig zur Revolution stehen, daß ihre Gesinnung jedoch eine sehr gemäßigte ist. Politisch und in jeder Beziehung. Das Verhältnis zu den Offizieren erscheint durchaus kameradschaftlich; gelegentliche Zwischenrufe des Unwillens oder Mißtrauens gegenüber Offizieren, die an der Debatte teilnehmen, werden jedesmal von der Mehrheit der Versammlung energisch zurückgewiesen. Die Tagung schließt mit einem nochmaligen Bekenntnis zu unbedingter Unterstützung der Regierung Ebert-Haase gegen jeden Angriff von Rechts und jeden von Links.

Kundgebungen gegen die Deutschen in Prag.

Reichenberg, 2. Dez. (W.T.B.) Nach hier vorliegenden Meldungen kam es am gestrigen Sonntag nachmittag in Prag wiederholt zu Kundgebungen gegen die Deutschen, wobei sowohl Offiziere als auch Zivilisten von der Menge tätlich beleidigt wurden. Die deutschen Kaffeehäuser und das Deutsche Haus mußten auf Weisung von Militärpatrouillen gesperrt werden. Die Abendvorstellungen in den beiden deutschen Theatern wurden durch tschechische Demonstrationen unterbrochen. Das Deutsche Landestheater mußte seine Vorstellung überhaupt abbrechen, was durch einen von einer Patrouille begleiteten Wachmann von der Bühne ohne Angabe des Grundes verkündet wurde. Die Besucher waren gezwungen, die Theater durch Seitenausgänge zu verlassen, um Zusammenstöße mit dem fanatisierten Pöbel zu vermeiden.

Russisch-bolschewistische Propaganda der früheren Botschaft.

Berlin, 3. Dez. (W.T.B.) Wie sich weiter herausstellt, hat die frühere russische Botschaft sich hier nicht nur die Verbreitung von bolschewistischen Propagandaschriften, sondern auch die Beschaffung von Waffen angelegen sein lassen. In dem Zuge, der die Botschaft an die Grenze brachte, hat ein Mitglied der Mission ein Päckchen mit Papier liegen lassen. Darin befinden sich 21 Rechnungen über den Ankauf kleiner Mengen von Waffen und Munition. Sie erstrecken sich auf die Zeit vom 21. September bis 31. Oktober und lauten insgesamt auf 129 Mauserpistolen, 28 Brownings und 23 Parabellumpistolen nebst etwa 27 000 Patronen für insgesamt 105 000 Mk. Die Erklärung Radeks, die Artikel des Friedensvertrages hätten die russische Regierung nicht gehindert, in Deutschland revolutionäre Propaganda zu betreiben, hat damit noch eine weitere Unterlage erhalten.

Armenien.

London, 12. Dez. (W.T.B.) Reuter erfährt: Die armenische Nationaldelegation in Paris erklärte die Unabhängigkeit Armeniens einschließlich Ciliciens.

Eine „eiserne Division" im Osten.

Mitau, 30. Nov. Der Zentralsoldatenrat der 3. Armee unter Teilnahme des Reichskommissärs für die baltischen Lande und des Präsidenten des Arbeiterrats Mitau beschloß heute, als Freiwilligenarmee eine eiserne Division zu gründen, die den Zweck hat, den geordneten Abzug der Truppen aus dem Osten zu sichern und das Herüberfluten der bolschewistischen Welle mit den Waffen in der Hand zu verhindern. Diese Freiwilligenarmee soll eine Kampfarmee sein und unter dem Kommando deutscher Offiziere stehen. Die Offiziere stellen sich bereits jetzt in außerordentlich großer Zahl den Organisatoren zur Verfügung.

—)*(—

Verschiedene Nachrichten.

Wien, 2. Dez. (W.T.B.) Korr.-Büro. Heute früh wurde auf dem Gelände des Arsenals ein Feuer entdeckt. In einem Teil des Gebäudes, wo große Ledervorräte aufbewahrt waren, war das Feuer wahrscheinlich schon im Laufe der Nacht ausgebrochen. Zurzeit der Entdeckung hatte es bereits großen Umfang angenommen. Außer den Ledervorräten brennt noch ein Fackeldepot, in dessen Nähe große Massen von Explosivstoffen lagert.

Ausschreitungen gegen die Juden in Prag.

Prag, 3. Dez. (W.T.B.) Wiener Korr.-Büro. Um die gestrige Mittagsstunde sammelten sich auf dem Großen Graben hunderte von Personen an, die vor einigen Häusern, in denen sich jüdische Geschäftsleute befanden, die Herausgabe der jüdischen Besitzer verlangten und zwar mit der Begründung, daß die Juden an dem Elend schuld seien, den der Krieg gebracht habe. Es gelang ihnen auch, mehrerer Geschäftsleute habhaft zu werden. Diese wurden tätlich insultiert. Das rasche Eingreifen von Soldaten verhinderte weitere Ausschreitungen. Man brachte die betreffenden Geschäftsleute in die Josefskaserne und hielt sie dort in Schutzhaft. Um halb 2 Uhr wurde der Josefsplatz abgesperrt. Die Menge zog unter stürmischen Rufen „Richtet die Juden! Hängt sie auf! Sperrt sie ein! Gebt ihnen Kraut zu fressen und Kriegsbrot!" vor das Deutsche Haus, in dem sich angeblich mehrere jüdische Geschäftsleute verborgen halten sollen. Dem Militär gelang es, die Menge wiederum gegen den Pulverturm zurückzudrängen und den Graben abzusperren.

Volkswirtschaft, Handel u. Verkehr.

Berlin, 2. Dez. (W.T.B.) Börsenstimmungsbild. Gegenüber der nervösen Unsicherheit machte der Börsenverkehr heute einen wesentlich beruhigteren Eindruck. Die verschiedenen Gerüchte, auf die eine Rückwärtsbewegung erfolgt war, haben sich glücklicherweise nicht bewahrheitet und so kam es, daß unter Deckungen die Kurse in ihrer Mehrzahl leichte Erhöhungen durchsetzen konnten. Eine Ausnahme von der festen Allgemeintendenz machten lediglich alle Farbaktien sowie Gebrüder Boehle, sowen zeitweise Daimler-Aktien, die infolge erneut herauskommenden Materials schwächer lagen. Die in ihrer Gesamtheit sonst nach oben strebende Kursrichtung blieb während des ganzen Verkehrs vorherrschend und führte zu weiteren leichten Kursbesserungen. Von ausländischen Werten notierten heute italienische Aktienwerte etwas schwächer. Pfundanleihen blieben weiter begehrt. Oesterreich-ungarische Renten waren zumeist unverändert und heimische Anleihen litten etwas unter Angebot. Zu den zu Einheitskursen notierten Industriewerten überwog wieder das Angebot, doch sind die Rückgänge nicht mehr so erheblich als an manchen Tagen der Vorwoche.

Verlosungen. (Ohne Gewähr).

Preußisch-Süddeutsche Klassenlotterie. Vormittagsziehung vom 2. Dezember. Mk. 5000 fielen auf Nr. 11524 23813 37485 168251, Mk. 3000 auf Nr. 249 2374 6340 6474 7424 9657 14420 17244 21113 22192 26034 37960 50867 56808 60489 69959 72475 78978 81989 87368 95201 99092 99441 110924 113947 117558 120188 124344 135031 141099 147364 157853 158780 162980 165949 168146 168496 170354 173616 173812 184399 195243 205272 205647 206770 213046 220779.

Nachmittagsziehung. Mk. 30 000 fielen auf Nr. 41817, Mk. 5000 auf Nr. 230890, Mk. 3000 auf Nr. 19004 42301 52340 61649 70215 111778 114578 117264 148075 154988 156633 164482 175385 188842 191820 195792 204492 211502 218849 220327 222585 223125 227416 233324.

Achtung!

Jeder in die Heimat zurückgekehrte Feldgraue

bestelle sofort

beim Postamt oder Agenten unsern

Badischen Beobachter.

Bezugspreis monatlich (täglich 2mal erscheinend) Mark 1.67.

Zentrumspartei Karlsruhe.

Mittwoch, den 4. November 1918, abends 8 Uhr, im Saale der **alten Brauerei Kammerer,** Waldhornstraße 23,

Wahl-Versammlung

wo der Herr Ernährungsminister und Stadtrat **Trunk** sprechen wird.

Männer und Frauen sind zu zahlreichem Besuche eingeladen.

Stimmkrankheiten

und Stimmbeschwerden (Lehrkrankheit — heisere Kommandostimme — Kratzen Hülse — usw.) entstehen in sehr vielen Fällen durch **falschen Stimmgebrauch** und sind **dauernd** nur durch **richtigen Stimmgebrauch** heilbar. 4800

Karlsruhe i. B. Liebigstraße 25 Sprechst.: Mo. u. Do. 3—4. Fernspr.: 3709.

Paul Paschen, Mitgl. d. Bad. Landestheaters, Lehrer für Stimmpflege und Sprechkunst.

Verloren 4798

am Donnerstag abend nach der Zentrums-Versammlung vom Konzerthaus bis Luisenstraße Nr. 74 über Schützenstraße eine silberne Brosche (Blumenarbeit) mit verschiedenfarbigen Steinchen. Abzugeben gegen Belohnung Luisenstraße 74, 3 Stock, links, Karlsruhe

Rasier-Klingen

f. Sicherheits-App. werd. haarscharf geschliffen, Stück 10 Pf.

Kaiserstraße 34 Laden

Karlsruhe. 3140

Freiwillige Feuerwehr.

Wir setzen hiermit unsere Korpsmitglieder von dem Ableben unseres Kameraden

Alois Schreiber

Friseur

Vertrauensmann der 1. Kompagnie

in Kenntnis.

Die Beerdigung findet Mittwoch, den 4. Dez. halb 2 Uhr, statt und haben die Kameraden der 1. Kompagnie vollzählig zu erscheinen. Die Kameraden der anderen Kompagnien sind zur zahlreichen Beteiligung eingeladen. Antreten am Friedhofeingang um 1/2 2 Uhr.

Karlsruhe, den 3. Dezember 1918.

Das Oberkommando: Heusser. Nünlist.

Freiplatz.

Im Pfründnerhause der Karl Friedrich-Leopold- und Sofienstiftung in Karlsruhe ist ein Freiplatz aus der Stiftung der Babette Weber zu besetzen.

Nach den Bestimmungen der Stifterin sollen in erster Reihe „nahrungslose Töchter, bedürftige Witwen oder unverschuldet erwerbsunfähig gewordene Söhne" von Offizieren, Aerzten und Beamten, die vor dem 1. Juli 1871 im ehemaligen badischen Armeekorps gedient haben, berücksichtigt werden.

Sind keine Bewerber aus diesem Kreise vorhanden, so kann der Freiplatz unter gleichen Voraussetzungen auch an Hinterbliebene „Großherzoglich badischer Zivilstaatsdiener" vergeben werden.

Etwaige Bewerbungen um obigen Freiplatz sind innerhalb 4 Wochen beim Verwaltungsrat der Karl Friedrich-Leopold- und Sofienstiftung hier, Stefanienstraße 98, einzureichen.

Karlsruhe, den 30. November 1918. 4787

Der Verwaltungsrat: gez. Fetzer.

Handelskursus

für

heeresentlassene junge Leute

Der Kursus beginnt nunmehr

Donnerstag, den 5. Dezember

und bitten wir diejenigen **jungen Leute**, welche vom Heeresdienst entlassen wurden, **höhere Schulbildung** (Gymnasium, Realschule) besitzen, und noch daran teilnehmen wollen, sich an diesem Tage einzufinden. Der Kursus umfasst: **Buchführung, kaufm. Rechnen, Kontokorrentlehre** (Bankverkehr), **Wechsel- und Scheckkunde, Korrespondenz, Stenographie, Maschinenschreiben** und event. **Sprachen.**

Kursdauer 4 bis 5 Monate.

Ausführliche Auskunft und Prospekt bereitwilligst durch die Schulleitung der 4801

Privat-Handelslehranstalt und Töchterhandelsschule „Merkur" Karlsruhe

Karlstraße 13 (nächst dem Moninger). Teleph. 2018

Für einige Bezirke in der Stadt Karlsruhe suchen wir zum Eintritt auf 1. Januar nur **ganz zuverlässige, pflichtgetreue und vertrauenswürdige Frauen** (mit größeren Kindern) als

Zeitungsträgerinnen

für unseren Badischen Beobachter bei guter Bezahlung. Meldungen nimmt entgegen die Geschäftsstelle Adlerstraße 42.

St. Franziskushaus, Grenzstraße 7.

Zur Weihnachtsbescherung unserer lieben Kleinen und Armen bitten wir Wohltäter und Gönner um milde Gaben.

4745 **Schwester Oberin.**